Landtag Brandenburg **Drucksache 7/870**
7. Wahlperiode

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 303
der Abgeordneten Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktion), Lars Hünich (AfD-Fraktion) und Volker Nothing (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/663

„Gender Mainstreaming“ in der Sprache

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Die Ideologie des „Gender Mainstreaming“ drückt sich auch in der Veränderung von Sprache aus. Dies macht auch nicht vor öffentlichen Einrichtungen halt. Beispielhaft seien die bundesweit mehrfach durchgeführten Umbenennungen von „Studentenwerke“ in „Studierendenwerke“ genannt. Ein weiteres Beispiel sind die Vorschriften der Stadt Hannover, die ihren Verwaltungsmitarbeitern seit diesem Jahr vorschreibt, sämtlichen Schriftverkehr mit sogenannten „geschlechtsumfassenden Formulierungen“ durchzuführen. Beide Beispiele wurden bundesweit in der Presse diskutiert.

1. Befürwortet die Landesregierung die angeführten Beispiele? Bitte begründen.

2. Gibt es Richtlinien in den Ministerien, Behörden, landeseigenen Betrieben und Stiftungen, den Schriftverkehr im Sinne des „Gender Mainstreaming“ zu formulieren?

3. Wurden seit 1990 Umbenennungen im Sinne des „Gender Mainstreaming“ vorgenommen?

4. Wenn 2. und 3. mit nein beantwortet wird: Gibt es Überlegungen, derartige Dinge durchzuführen?

zu den Fragen 1 bis 4: Es wird auf die Antwort auf die Kleine Anfrage 178 verwiesen, die als Drucksache 7/554 verfügbar ist.

Eingegangen: 11.03.2020 / Ausgegeben: 16.03.2020